

■ **Seite 2: Revolution vertiefen.** Venezuelas Kommunisten fordern einen radikaleren Kurs. Gespräch mit Carolus Wimmer ■ **Seite 4: Klischees hinterfragen.** Jamaika jenseits von Reggae und Rastafari. Von Mareike Haurand ■ **Seite 6: Vergessen verhindern.** Vor 30 Jahren wurde in Nicaragua der Internationalist Berndt Koberstein ermordet. Von Werner Siebler ■ **Seite 7: Demokratie verteidigen.** In Lateinamerika nimmt die Unterdrückung der Arbeiterbewegung wieder zu. Gespräch mit Gustavo Triani

## Aufstand im Hinterhof

José Martí sprach 1891 von »Unserem Amerika«. Um dessen Kurs ringen die Vasallen der Kolonialherren und die Nachfolger der Befreier.

Von André Scheer

Die meisten Medien sprechen von »Europa«, wenn sie die EU meinen, als würden Brest und Lwiv schon in Asien liegen. Und ist die Rede von »Amerika«, dann geht es zumeist um die USA.

Einen anderen Blick auf den Kontinent hatte José Martí (1853–1895), als er 1891 in den USA und Mexiko ein Essay veröffentlichte, dem er den Titel »Unser Amerika« gab. Martí wird in Kuba bis heute als Nationaldichter und Held des Kampfes um die Unabhängigkeit der Insel verehrt. In zahlreichen Schriften und gerade in diesem Essay stellte er sich auf die Seite des Amerikas der Arbeiter, der Mestizen und der indigenen Völker »vom Rio Bravo bis zur Magellanstraße«, also von der Grenze zwischen den USA und Mexiko bis zur Südspitze des Kontinents in Chile. Er rief dazu auf, sich auf die eigene Kultur Lateinamerikas zu besinnen, statt Rezepte aus den USA oder Europa nachzuahmen. Es müsse die Geschichte der Inkas gelehrt werden, selbst wenn die Schüler dann weniger über die alten Athener erfahren würden: »Unser Griechenland ist dem Griechenland vorzuziehen, das nicht unseres ist.«

Einer der wichtigsten kubanischen Schriftstel-

ler der Gegenwart, Roberto Fernández Retamar, griff diese Diskussion 1971 in seinem Aufsatz »Calibán« auf. Ein Journalist habe ihn gefragt, ob es überhaupt eine lateinamerikanische Kultur gebe – »doch unsere Kultur in Frage zu stellen bedeutet, unsere eigene Existenz, unsere eigene menschliche Realität anzuzweifeln«. Unter ausdrücklichem Rückgriff auf Martí Essay kritisierte Retamar eine von linken wie rechten Intellektuellen der »Ersten Welt« geübte Praxis, die Lateinamerikaner als »Lehrlinge« oder »schlechte Kopie der Europäer« anzusehen. Martí habe geschrieben, dass er nicht nur »von Vätern aus Valencia und Müttern von den Kanaren« abstamme, sondern dass in seinen Adern auch »das kochende Blut von Tamanaco und Paramaconi« fließe. »Ich vermute«, so Retamar in seinem Aufsatz, »dass der Leser, sofern er kein Venezolaner ist, mit diesen von Martí genannten Namen nichts anfangen kann. Auch ich konnte das nicht.« Tamanaco und Paramaconi waren

tinische Präsident Mauricio Macri machte am Unabhängigkeitstag seines Landes, dem 9. Juli 2016, vor Spaniens abgedanktem König Juan Carlos I. den Bückling und entschuldigte sich dafür, dass seine Landsleute vor 200 Jahren die Abspaltung von Spanien beschlossen hatten. Gibt es irgendeine Gemeinsamkeit zwischen einem solchen Lakaiken und Persönlichkeiten wie dem 2013 verstorbenen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, der 2007 über Juan Carlos sagte: »Der König ist ebenso Staatschef wie ich, mit dem Unterschied, dass ich gewählt wurde. Der Indio Evo Morales ist ebenso ein Staatschef wie der König Juan Carlos de Borbón.«

Noch ist nicht absehbar, ob sich in »Unserem Amerika« die Lakaiken oder die »Indios« durchsetzen. Unsere Sympathien haben nicht diejenigen, die sich durch Unterordnung unter die alten und neuen Imperien den »Platz an der Sonne« sichern wollen. Wir stehen auf der Seite derjenigen, die »Schluss gesagt und sich auf den Weg gemacht haben«, wie es der Argentinier und Kubaner Che Guevara 1964 vor der UNO formulierte. »Und ihr Marsch der Giganten wird nicht aufzuhalten sein, bis die wirkliche Unabhängigkeit erkämpft ist.«



GRAFIK: JWM/S

**D**ie Nachrichten, die uns aus Venezuela erreichen, sind dramatisch: Bewaffnete überfallen Geschäfte und öffentliche Ausgabestellen für Lebensmittel, die Opposition geht fast täglich auf die Straße. Wie ernst ist die Lage?

Es besteht tatsächlich zunehmend die Gefahr des Faschismus. Zum ersten Mal gibt es offiziell politische Parteien mit einer faschistischen Ideologie. Ein Beispiel dafür ist die »Voluntad Popular« (Volkswille) des wegen Anstiftung zur Gewalt inhaftierten Politikers Leopoldo López. Diese Gruppen werden hauptsächlich von den Vereinigten Staaten trainiert und finanziert, etwa durch die Regierungsbehörde USAID. Summen von 40.000 oder 50.000 Dollar gehen an junge Regierungsgegner, das wird dann als »Training für die Demokratie« bezeichnet oder mit anderen schönen Ausdrücken verschleiert. Eine andere Orientierung geht von der europäischen Sozialdemokratie aus. Diese war hier in den vergangenen Jahren sehr wenig präsent, versucht jetzt aber wieder, Einfluss zu gewinnen. Während die USA eine Politik fahren, um die Regierung gewaltsam zu stützen, und das auch offen sagen, setzt die europäische Sozialdemokratie auf den Dialog. Verkörpert wird diese Richtung etwa durch den ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten José Rodríguez Zapatero, der immer wieder nach Venezuela kommt.

**Entspricht das nicht den Plänen der Regierung, die die Opposition ja immer wieder zu Gesprächen aufgerufen hat?**

Das Angebot zum Dialog besteht seit 17 Jahren. Bereits Hugo Chávez (Präsident von 1999 bis 2013; jW) hat die Opposition zu Gesprächen aufgefordert, doch diese hat stets abgelehnt. Es ist notwendig und vielleicht möglich, im politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich gewisse Vereinbarungen mit ihr zu treffen. Aber man muss aufpassen, dass dieser Dialog nicht dazu führt, die Errungenschaften der letzten zwei Jahrzehnte aufzugeben. Verhandlungen unter Schirmherrschaft der Europäer könnten der Opposition große Vorteile bringen, denn diese war immer gegen den bolivarianischen Prozess. Mit dem Dialog besteht also die Gefahr einer ähnlichen Entwicklung wie in Portugal, Spanien oder Griechenland, wo Ruhe im Land geschaffen werden soll, aber die arbeitende Bevölkerung die Kosten trägt. Eine solche Orientierung war in Venezuela immer verbunden mit brutaler Repression. Die Diktatoren haben hier weniger Tote und Gefangene zu verantworten als die sozialdemokratischen Regierungen.

**Welches Interesse haben denn die**

# »Machtfrage auf der Tagesordnung«

USA und EU versuchen, die Bolivarische Revolution in Venezuela zu stoppen. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten steht die Bevölkerung hinter der Regierung. **Gespräch mit Carolus Wimmer**



Der in der Bundesrepublik geborene, aber seit den 70er Jahren in Venezuela lebende Carolus Wimmer ist internationaler Sekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV)

**europäischen Mächte, sich hier einzumischen?**

Das lässt sich in zwei Worten beantworten: Bodenschätze und Märkte. Einige Mineralien kommen exklusiv an wenigen Punkten der Erde vor. Sowohl die USA als auch die Europäer wollen hier Geschäfte machen. Ich bin 1970 nach Venezuela gekommen, damals existierte hier noch ein Werk von Volkswagen. Ein Jahr später hatten die USA erreicht, dass VW das Land verlassen musste. Es gab dann nur noch drei Autobauer: General Motors, Ford und Chrysler.

Die EU will jetzt wieder eine eigene Lateinamerikapolitik entwickeln, nachdem sie in den vergangenen Jahren viel Boden verloren hat. Sie will im Rahmen der Neuaufteilung der Welt Einfluss zurückgewinnen. Unterschwellig besteht in Venezuela bei vielen die Hoffnung, dass die Europäer uns helfen werden, wenn die Vereinigten Staaten eingreifen. Aber sie werden sich sicher nicht offen gegen die USA stellen. Es kann aber sein, dass sie bei einer Intervention nicht einfach mitmachen. Das sind Widersprüche, die wir ausnutzen müssen. Europa ist übrigens auch selbst militärisch in der Region präsent, etwa auf der Insel Curaçao, die zu den Niederlanden gehört.

**Wie steht die Bevölkerung zu den Bestrebungen, einen Kurs- und Regierungswechsel durchzusetzen?**

Präsident Maduro und sein Kabinett haben

trotz aller Schwierigkeiten immer noch den Rückhalt der eigenen Bevölkerung. Man könnte sich ja wundern, warum die Menschen nicht reagieren. Die Lebensmittelversorgung ist schwierig, auch wenn hier kein Hunger herrscht. Haushaltsartikel sind schwer zu bekommen. Doch es gibt ein Bewusstsein dafür, dass die Probleme, die vor allem einfache Familien betreffen, hauptsächlich durch den Angriff des Imperialismus verursacht werden. Die Leute geben den USA die Schuld. Dieses antiimperialistische Denken ist eine Stärke des politischen Prozesses.

**Trotzdem hat die Regierungspartei bei der Wahl im Dezember vergangenen Jahres zahlreiche Stimmen verloren, das Parlament ist jetzt in der Hand der Opposition.**

Die Wahlniederlage im Dezember hat gezeigt, dass die Leute die Nase voll haben von einer gewissen Art, Politik zu machen. Darin zeigt sich der Widerspruch der partizipativen Demokratie: Diese steht in der Verfassung, aber viele politische Führungskräfte haben mit ihr so ihre Schwierigkeiten. Ein Bürgermeister etwa wird gewählt und glaubt dann: »Das gehört jetzt mir«. Er verfällt in das alte feudale Denken: »Ich helfe den Armen, dann unterstütze ich einige Projekte, aber das ist alles mein Schatz.« Das ist eine Politik aus dem letzten Jahrhundert, in dem die Parteienclique alles entschieden hat, eine Vetternwirtschaft. Schon unter Chávez wurde die Kritik an diesen Erscheinungen immer stärker, aber er war eine besondere Autorität. Präsident Nicolás Maduro hat ein solches Prestige nicht. Hinzu kommt die sichtbare Korruption, die bis in die Regierung reicht. Viele der bestechlichen Funktionäre sitzen nicht im Gefängnis. Außerdem wird hier nie ideologisch diskutiert. Wir wissen nicht mehr, wie viele Briefe wir früher Chávez und dann Maduro geschrieben haben, dass wir uns im Patriotischen Pol, dem Bündnis der die Revolution unterstützenden Partei-

en und Bewegungen, hinter verschlossenen Türen zusammensetzen sollten, um uns auszusprechen. Das wurde nie gemacht.

**Wie kann dann Widerstand gegen die Umsturzbestrebungen entwickelt werden?**

Als Kommunistische Partei Venezuelas, als PCV, arbeiten wir in zwei Richtungen. Erstens wirken wir in die Arbeiterklasse. Das bedeutet, ihre Rechte und Ansprüche zu verteidigen. Es umfasst aber auch den Aufbau von Parteigruppen in den Betrieben, besonders in den Staatsbetrieben. Diese Arbeit fand immer schon im Untergrund statt. Obwohl wir in der Bolivarischen Revolution leben, werden revolutionäre Kräfte und die organisierten Arbeiter auch hier unterdrückt. Als zweiten Schwerpunkt unserer Arbeit bauen wir mit anderen Gruppen zusammen ein breites Bündnis auf, den »Revolutionären Volksblock«.

**Aber es gibt doch bereits ein Bündnis der regierungsnahen Kräfte, den »Patriotischen Pol«. Was soll dann eine weitere Struktur?**

Wir unterstützen auch weiterhin den Patriotischen Pol. Aber es hat sich auch gezeigt, dass die Versprechen nie erfüllt wurden, einen wirklichen Block zu schaffen, der die Revolution vertieft und die Präsenz der arbeitenden Bevölkerung im bolivarianischen Prozess sichert. Die regierende Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas, PSUV, hat den Patriotischen Pol immer nur einberufen, wenn Wahlkämpfe anstanden oder wenn es politische Schwierigkeiten gab, wenn sie also die anderen Parteien und Organisationen brauchte.

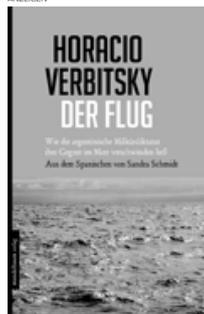
**Das ist ein harter Vorwurf ...**

Ein Beweis dafür ist folgendes: Die PCV hat 2006 im Parlament den Gesetzesvorschlag eingereicht, sozialistische Arbeiterterräte einzurichten. In den Unternehmen, besonders in den staatlichen, aber auch den privaten, sollte so die Arbeiterklasse an Produktionsentscheidungen und an finanziellen, wirtschaftlichen und politischen

Unser Amerika erscheint als Beilage der jungen Welt im Verlag B. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin.

Redaktion: André Scheer (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert; Bildredaktion: Sabine Koschmieder-Peters, Katrin Winkler; Gestaltung: Michael Sommer.

ANZEIGEN



mandelbaum verlag  
»Eine christliche Art zu sterben ...« nannte die katholische Kirche die Methode, argentinische Regimegegner aus Flugzeugen ins Meer zu werfen. Nach fast 20 Jahren des Schweigens gestand ein beteiligtes Militär gegenüber dem Journalisten Horacio Verbitsky diese grausamen Verbrechen ein. Das daraus entstandene Buch »Der Flug« markierte einen Wendepunkt in der argentinischen Geschichte.

**Horacio Verbitsky – Der Flug**  
Wie die argentinische Militärdiktatur ihre Gegner im Meer verschwinden ließ  
200 Seiten, Euro 19,90

Sie waren kommunistischer als die Sowjetunion und kamen ohne Geld und Privatbesitz aus: Die utopischen Kommunen in den USA des 19. Jahrhunderts. In Rudolf Stumbergers Reisebericht, der zugleich eine soziologisch-historische Analyse ist, erzählt er die Geschichte von acht Kommunen.

**Rudolf Stumberger – Das kommunistische Amerika**  
Auf den Spuren utopischer Kommunen in den USA  
240 Seiten, Euro 19,90



www.mandelbaum.at

## 100-Jahre-Feier

Wir ehren Fidel und feiern doppelt: 90 Jahre Fidel + 10 Jahre Verlag Wiljo Heinen

**EBERHARD PANITZ**  
BUCHPREMIERE: Jennipher Antoni liest aus »Eiszeit«

**TOBIAS THIELE**  
MUSIK

Verlag Wiljo Heinen [www.gutes-lesen.de](http://www.gutes-lesen.de)

Zusammen mit der FG BRD-Kuba und der jW

**Samstag, 13. August, ab 17 Uhr**  
Ladengalerie der jungen Welt



REUTERS/CARLOS GARCIA RAWLING

Beschlüssen beteiligt werden. Das wurde nie im Parlament diskutiert, obwohl die PSUV und ihre Bündnispartner damals fast alle Parlamentssitze innehatten.

**Woran liegt das?**

Dieser Vorgang zeigt, dass kleinbürgerliche Kräfte in der Regierung die Entscheidungen treffen. Man sieht dort außer dem Präsidenten keinen wirklichen Arbeiter. Andere Kräfte sind nicht an sich schlecht, aber der Ausschluss der Arbeiterklasse ist bezeichnend. So favorisieren wirtschaftliche, politische und soziale Entscheidungen hauptsächlich diese kleinbürgerliche Schicht. Es existiert Angst vor der Arbeiterklasse, ob bewusst oder unbewusst. Auch wenn diese Kräfte in der Regierung natürlich »Viva Che Guevara« und »Viva la Revolución« rufen, versuchen sie, wenn es konkret wird, zum Beispiel Gewerkschaftsführer auszuschalten. Das ist ein Widerspruch des Kapitalismus, denn wir leben hier ja nicht im Sozialismus, auch wenn der Regierungspropaganda zufolge hier alles schon Sozialismus ist. In diesem Jahr hat sich die Situation verschlimmert. Im Kabinett sind jetzt auch direkte Vertreter des Kapitals, die beispielsweise das Wirtschaftsministerium kontrollieren. Das sind Exponenten der nationalen Bourgeoisie, aber auch der ausländischen Monopole. Deshalb braucht es eine Struktur wie den Revolutionären Volksblock, auch wenn wir den Patriotischen Pol nicht verlassen.

**Ein gemeinsamer Nenner der am boliviarischen Prozess beteiligten Kräfte**

**ist der Antiimperialismus. Was wird darunter genau verstanden?**

Im Kern bedeutet Antiimperialismus für Venezuela Souveränität, die territoriale, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit. In dieser Hinsicht wurde auch unter Chávez schon viel erreicht. Die USA hatten zum Beispiel früher ein Büro im Verteidigungsministerium, das wurde sehr schnell geschlossen. In der Bevölkerung gibt es ein antiimperialistisches Bewusstsein, das an das Denken des Befreiers Simón Bolívar aus dem 19. Jahrhundert anknüpft. Die Idee ist, über den Revolutionären Volksblock wirklich eine Mehrheit zu gewinnen – rein quantitativ bedeutet das, 15 Millionen Menschen zu erreichen.

**Hat das Aussicht auf Erfolg?**

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Ein Vorteil hier in Venezuela ist aber, unter anderem dank Chávez, dass die breite Bevölkerung politisches Bewusstsein besitzt und auch die Armee antiimperialistisch eingestellt ist. Die Streitkräfte sind hier eine wichtige Kraft in der politischen Arbeit. Im Revolutionären Volksblock konzentrieren wir uns aber auf die Kooperation mit den Kommunalen Räten, also den Basisorganisationen der Bevölkerung. Die Frage der politischen Macht steht auf der Tagesordnung. Neben der Gefahr des Faschismus oder des Zurückdrängens der bisherigen Errungenschaften besteht auch eine dritte Möglichkeit: Die angefangene Revolution, die hauptsächlich eine antiimperialistische war, mit kleinen Fortschritten im antikapitalistischen Kampf zu vertiefen,

so dass sie zu einer wirklichen politischen und sozialen Revolution wird. Diese Möglichkeit sehen auch unsere Gegner. Darum konzentrieren sie sich so stark auf Venezuela. In Argentinien oder Brasilien ist dieses revolutionäre Moment nicht derart sichtbar, auch wenn dort die Regierungspolitik Fortschritte gebracht hat.

Wir kommen beim Aufbau des Revolutionären Volksblocks gut voran, aber wir stehen unter immenssem Zeitdruck – in

dem Bewusstsein, dass die USA wieder die Kontrolle in Lateinamerika übernehmen wollen. Den »Tag X«, den Plan für den Angriff auf Venezuela, kennen sie schon, aber wir kennen ihn nicht.

**Sie sprechen von einem »Tag X«.**

**Halten Sie also eine ausländische Intervention für wahrscheinlicher als einen Bürgerkrieg?**

Ich halte beides für möglich. Welche Form sie sich aussuchen, hängt auch vom Kräfteverhältnis in den USA ab. Hier in Lateinamerika ist die Vierte Flotte der US-Navy einsetzbar. Ihr neuer Kommandeur, Kurt Tidd, ist bekannt für »weiche Staatsstreich«, Putsche ohne direktes Eingreifen der USA. Das ist hier möglich, aber nicht einfach. In vielen arabischen Ländern haben sie das dagegen geschafft.

**Warum ist ein »weicher Staatsstreich« in Venezuela schwieriger?**

Weil die lateinamerikanische Einheit existiert – trotz aller Schwierigkeiten. Mitte Juni gab es in der Organisation Amerikanischer Staaten Abstimmungen, bei denen sich der Generalsekretär der OAS, Luis Almagro, nicht durchsetzen und somit keine Maßnahmen gegen uns beschließen lassen konnte. Damit haben sich zahlreiche Regierungen gegen die USA gestellt – im Nahen Osten wäre das unmöglich. Vor allem die Länder der Karibik haben sich vereint gegen die USA gestellt. Und das, obwohl sich Obama im vergangenen Jahr, vor dem Amerika-Gipfel in Panama, direkt mit den Präsidenten getroffen und ihnen viele Versprechungen gemacht hat, wenn sie mit Venezuela brechen würden. Aber sie sind geschlossen in der von Venezuela geführten Solidargemeinschaft Petrocaribe geblieben.

Interview: Lena Kreymann

Unterstützer des revolutionären Prozesses bei einer Demonstration im Januar 2016 in Caracas

ANZEIGE

## M-26-7

### Fiesta de Solidaridad

25 Jahre Cuba Sí – 25 Jahre gelebte Solidarität

**Freitag, 22. Juli, 20 Uhr, Badehaus Szipmla,**  
Konzert und Party: **Live: Mellow Mark, Cuico, Gerardo Alfonso (Kuba),**  
Revaler Straße 99, RAW-Gelände, Höhe Simon-Dach-Straße, 10245 Berlin

**Sonnabend, 23. Juli, 14 – 22 Uhr, Parkaue Lichtenberg**  
Kinderfest, Talk, Infostände, Soli-Tombola (Hauptpreis: ein Flugticket nach Kuba),  
**Live: Gerardo Alfonso (Kuba), Musicalle Cholo, 20 Uhr: Cubanaché**

Cuba Sí – AG in der LINKEN, www.cuba-si.org, 030-24 009 455

## Solidarität mit dem sozialistischen Kuba!

Kämpfen lohnt sich weiter: Für die Aufhebung der US-Blockade und des „Gemeinsamen Standpunktes“ der EU gegen Kuba, für die Rückgabe des US-Militärstützpunktes Guantánamo an Kuba. Kuba hält an seinem Weg zum Sozialismus fest und es leistet z. B. solidarische medizinische Hilfe in vielen Ländern der Welt.

Kuba braucht unsere Solidarität – wir brauchen Kuba als Hoffnungsträger der fortschrittlichen Welt.

**23.07. "Fiesta Moncada" - Nürnberg**  
ab 17.00 Uhr in der "Villa Leon"

**M-26-7**

**13.08. "Fiesta Moncada" - Bonn**  
15:00 - 20:00 Uhr Außenstelle der Botschaft

---

Die Freundschaftsgesellschaft unterstützt Kuba mit konkreten Projekten und Gegenöffentlichkeitsarbeit  
helfen Sie uns dabei mit einer Spende für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

**Werden Sie Mitglied! Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba - Maybachstr. 159 - 50670 Köln - mehr Infos: [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)**  
FG BRD-Kuba; Bank für Sozialwirtschaft, Köln: IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00; BIC: BFSWDE33XXX - Spenden an die FG sind steuerlich absetzbar.

Zu wohl jedem Land der Erde kommen, sobald der Name fällt, Assoziationen auf, oft genug gängige Vorurteile. Klischees oder etwas, das diesem Gebiet nachgesagt wird. Kuba steht für Rum, Salsa und Sozialismus. Haiti erinnert leider an Erdbeben, Armut und Schreckensmeldungen. Und Jamaika?

Alle drei sind Inselstaaten, die im Atlantischen Ozean und im Karibischen Meer nah beieinander liegen – doch sie unterscheiden sich sehr voneinander. Durch jeweils andere Kolonialmächte, die unterschiedliche kulturelle und ökonomische Einflüsse mitbrachten, verlief die Geschichte dieser Länder sehr verschieden, auch wenn es strukturelle Gemeinsamkeiten gibt.

Was dachte ich über Jamaika, als ich beschloss, dieses Land zu bereisen? Zuerst schoss mir Bob Marley mit seinen eingängigen Rhythmen durch den Kopf. So wie er und viele andere Reggae-Rastafari-Künstler

überweisungen von im Ausland lebenden Jamaikanern leisten neben dem Tourismus und dem Export von Bauxit, einem Aluminiumerz, den größten Beitrag zur Wirtschaft. Da kaum Industrie vorhanden ist, finden sich in den Supermärkten viele Importprodukte zu horrenden Preisen.

Das Klischee von Jamaika als Reggae-Insel bestätigte sich nicht. Seit geraumer Zeit wird Dancehall gehört, eine Musikrichtung, die ausgehend vom Reggae Sprechgesang mit elektronischen Instrumentalstücken kombiniert. Dafür werden riesige Boxen aufgestellt und sogenannte Sound-System-Partys gefeiert. Meist erfährt man über Plakate am Straßenrand, von Flyern oder über soziale Netzwerke von der nächsten Fete. Ob in Clubs oder unter freiem Himmel in einem Hinterhof, die Musik ist oft so laut, dass ein Gespräch nur unter großer Anstrengung möglich ist. Befremdlich wirkt zunächst, dass jedes Lied mehrfach unterbrochen wird, weil der »Selector«, so wird in Jamaika der DJ genannt, anfängt, auf Patois zu reden. Das gehört dazu und ist Kunst.

### Touristenattraktion

Trench Town ist Teil der Gemeinde St. Andrew in Kingston. Der 4.500 Einwohner zählende Stadtteil wurde vor allem deshalb bekannt, weil hier der Sänger Bob Marley lebte, seit er zwölf Jahre alt war. Er gilt als der bekanntester Anhänger der Rastafari-Kultur, die in Jamaika in den 1930er Jahren aus dem Christentum entstand. Obwohl sich nur etwa fünf Prozent der Einwohner als ihre Anhänger verstehen, ist diese Glaubensrichtung auf der Insel sehr präsent. Marcus Garvey (1887–1940), ein jamaikanischer Politiker und Publizist, der sich auch in den USA und in Großbritannien für die Rückkehr der Schwarzen nach Afrika einsetzte, gründete 1914 die schwarze Massenorganisation UNIA (Universal Negro Improvement Association) und predigte vom Ursprung des Menschen und von der Überwindung der Unterdrückung der Schwarzen. Er galt als radikaler Panafrikanist, der »die Einheit aller schwarzen/afrikanischen Menschen weltweit, unabhängig von ihrer Ethnie oder Nationalität« anstrebte. So prophezeite Garvey, dass in Afrika ein mächtiger schwarzer König gekrönt werden würde. Viele träumten damals von einer Rückkehr nach Afrika, zu ihrem Mutterland, nach Äthiopien.

Hier krönte sich 1930 der Ras (ein äthiopischer Adelstitel) Tafari Makonnen Wolde-mikael, der sich als direkter Nachkomme König Salomons bezeichnete, zum »König der Könige, Löwe aus dem Stamm Juda, Auserwählter Gottes« und gab sich den Namen »Haile Selassie«. In ihm sahen nun viele den prophezeiten göttlichen Führer, der sie zurück nach Afrika holen würde. Zu einer großen Heimkehr kam es jedoch nie.

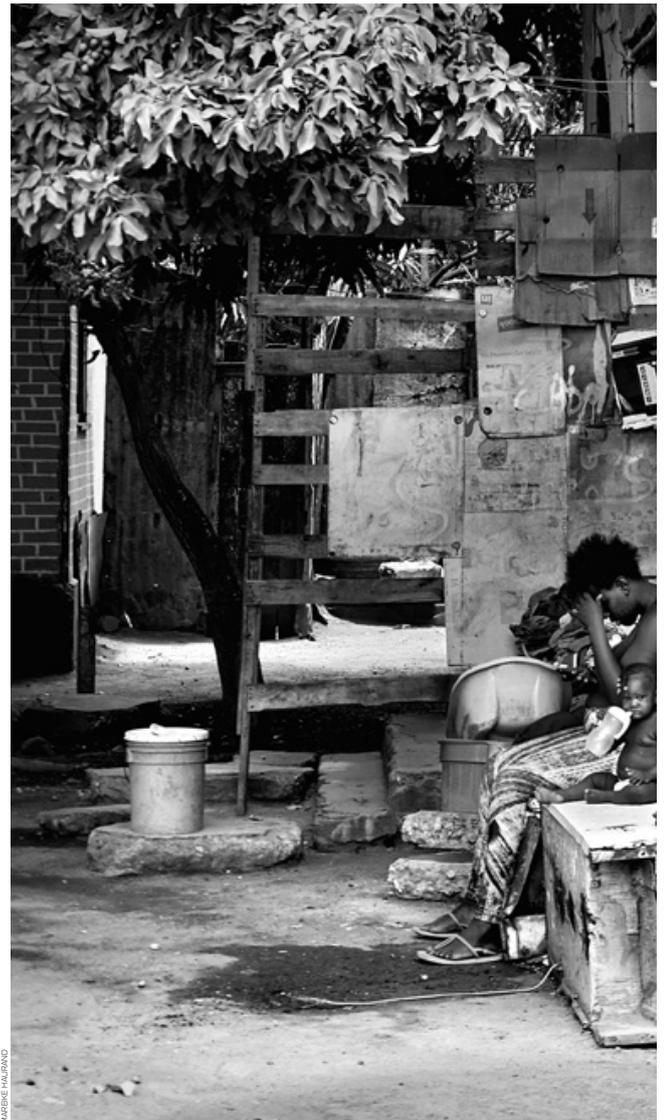


»One Love«: Aneinandergelegte Finger symbolisieren Frieden und Liebe

hat er oft Marihuana geraucht – ein weiterer Punkt. Aber neben diesen kulturellen Aspekten denke ich auch an die hohe Kriminalität und die große soziale Ungleichheit in Jamaika, vor allem in der Hauptstadt Kingston mit ihrer knappen Million Einwohner. In den letzten Jahren war die Mordrate zwar rückläufig, ist aber nach Zahlen der UNO in Jamaika mit 39,3 pro 100.000 Einwohner immer noch sehr hoch. Immer wieder kommt es zu Schusswechseln der Drogengangs untereinander oder mit der Polizei.

Seine Unabhängigkeit von Großbritannien erlangte Jamaika 1962. Die Insel ist heute Mitglied der Commonwealth of Nations, einer losen Verbindung von aktuell 53 souveränen Staaten, die einst von den Briten kolonialisiert wurden. Die Amtssprache ist Englisch, doch im Alltag wird Patois gesprochen, eine Kreolsprache mit englischen Wurzeln.

Laut dem Auswärtigen Amt in Berlin zählt Jamaika zu den wohlhabenderen Ländern der Karibik, obwohl 17 Prozent der Einwohner unter der Armutsgrenze leben. Die Erwerbslosenrate beträgt offiziell 13 Prozent, liegt jedoch für junge Erwachsene mit 28 Prozent deutlich höher. Geld-



## (K)ein Inselpa

Jamaika: Ich war auf den Spuren Bob Marleys und fa wieder. Von Mareike Haurand

## Die 2. Unabhängigkeit Lateinamerikas

José Martí (1853-1895), der große cubanische Dichter und Schriftsteller, Humanist und Freiheitskämpfer gegen den spanischen Kolonialismus, wurde mit seinen Ideen zu einem Vordenker nicht nur der cubanischen Revolution, sondern auch des lateinamerikanischen Befreiungskampfes, dessen Zeugen wir heute sind. Seine Bewunderung für viele Aspekte der US-Gesellschaft wandelte sich zunehmend in Ablehnung, als er deren imperialistische und expansionistische Absichten erkannte, sich nach Süden auszudehnen. Schon vor dem Ende des spanischen Kolonialismus, das er selbst nicht mehr erlebte, beschäftigte ihn der zukünftige Kampf um Unabhängigkeit – der gegen die drohende Dominanz der USA.

Der Widerstand der Völker gegen den spanischen Kolonialismus dauerte Jahrhunderte, neben Erfolgen gab es Rückschläge. Auch die „zweite Unabhängigkeit“ (Martí), deren erster Höhepunkt der Sieg der cubanischen Revolution im Jahre 1959 war, ist ein Prozess mit Höhen und Tiefen. Der Aufstieg und Fall Salvador Allendes in Chile oder die sandi-



nistische Revolution in Nicaragua, ihre Abwahl und ihre Auferstehung sind Beispiele dafür. Mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela vor fast 20 Jahren

und der nachfolgenden Gründung fortschrittlicher Bündnisse wie der ALBA erreichte das Unabhängigkeitsstreben einen nie gekannten Höhenflug. Die derzeitige Gegenreaktion wird früher oder später einer neuen linken Offensive Platz machen.

Cuba und die USA verhandeln gegenwärtig über eine Verbesserung ihrer Beziehungen. Bedeutet das eine Abkehr Cubas von seiner bisherigen Politik? Darauf deutet nichts hin. Cuba steht fest an der Seite der fortschrittlichen Regierungen des Kontinents und sein Sozialismus steht nicht in Frage. Von Martí bis Fidel und Raúl Castro haben die Strategen der Unabhängigkeit niemals kategorisch ausgeschlossen, mit dem Feind zu verhandeln.

Wir unterstützen die Forderungen Cubas, u.a. nach Rückgabe von Guantánamo und der Beendigung der Blockade und wir informieren über Cuba und über den Kampf um eine fortschrittliche Einheit des Kontinents. Eure Spenden (steuerlich absetzbar) helfen uns dabei.

Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.  
Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin · Info@netzwerk-cuba.de  
Tel. 030-240 093 38 · Spenden: Postbank Berlin · BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE52 1001 0010 0032 3301 04

Infos zu Cuba: [netzwerk-cuba-nachrichten.de](http://netzwerk-cuba-nachrichten.de) und [netzwerk-cuba.de](http://netzwerk-cuba.de)

SOZIALISME MIT HUMOR  
**NETZWERK CUBA**  
-Informationsbüro- e.V.



# radies

nd mich in einem Slum

Als Bob Marley 1978 Äthiopien besuchte, sah er sich mit einer ähnlichen großen Armut wie in Jamaika konfrontiert. Er sah die gleichen Wellblechhütten, die desolate Versorgungslage, die hungrigen Bäuche der im Elend lebenden Mehrheitsbevölkerung.

Heute sind die äußerlichen Merkmale wie die Dreadlocks, die Frisur der Rastafaris, in der ganzen Welt verbreitet, aber weniger die Religion dahinter. Rasta ist zu einem modischen Stil geworden.

Das »Trench Town Culture Yard« ist ein Museum und Tonstudio in der 1. Straße und erinnert an die Künstler, die hier aufgewachsen sind und ihre Karriere begonnen haben. Hierzu zählen Alton Ellis, der als ein Begründer des Rocksteady gilt, Peter Tosh, ein Mitbegründer des Reggae, Bunny Wailer sowie Delroy Wilson, um nur einige Beispiele zu nennen. Die sicherste Art, dort hinzukommen ist es, sich ein Taxi einer der eingetragenen Taxiagenturen zu rufen. Davon, Autos an der Straße anzuhalten, wird dringend abgeraten, da es häufig zu Raubüberfällen und Vergewaltigungen kommt. Ich fuhr mit meinem Chauffeur von Kingston Uptown in Richtung Downtown. Je weiter wir nach Süden kamen, desto mehr Armut spiegelte sich im Straßenbild. Am Zielort angekommen gab mir der Fahrer seine Telefonnummer, damit ich ihn später anrufen könne, denn ich sollte hier nicht alleine herumlaufen. Im Eingangsbereich saß eine Handvoll Rastafaris unter einem schattenspendenden Mangobaum und rauchte Ganja in Blätchen oder in selbstgebastelten Chalice, einem Hilfsmittel aus Naturmaterialien zum Inhalieren von Marihuana.

Stoneman, so riet man mir in meinem Hostel, sei der beste Guide vor Ort. Stoneman ist ein Rastafari Ende 50 und lebt und arbeitet in dem »Culture Yard«. Er färbt dort Stoffe, näht Kleidung und führt Touristen durch seine Community. Sein Spitzname leitet sich, laut ihm, von seiner Sammel Leidenschaft von Steinen ab. Nicht, wie ich zuerst vermutete, von seinem Marihuana Konsum und dem Zustand des »Stoned sein« – das war er nämlich. Auch sonst sieht er aus, wie ich mir einen Rasta aus Jamaika vorgestellt habe. Er ist etwas über 1,70 Meter groß, hat Dreadlocks bis zu den Ellenbogen, ist dünn, aber drahtig und in den Farben Rot, Gelb und Grün gekleidet, den Farben der äthiopischen Nationalflagge und der Rastafaris. Es werden drei verschiedene Touren angeboten, und ich entschied mich für die zweite, die 18 US-Dollar kostet. In den nächsten 90 Minuten sollte ich so einen kleinen Trench-Town-Rundgang bekommen, samt Führung durch den Kulturgarten und das Museum.

Zuerst wurde mir von Stoneman das One-Love-Symbol gezeigt und erklärt. Dabei werden, mit dem Handrücken nach oben, Zeigefinger und Daumen aneinander

und die restlichen Finger nach unten gelegt, so dass man ein Herz errahnen kann. Stoneman erläuterte mir: »Wir sind alle eins, ob weiß oder schwarz, groß oder klein. Es steht für Frieden und Brüderlichkeit unter allen Menschen.«

Anschließend verließen wir den »Culture Yard« und gingen durch drei Straßen. An deren Anfang wird jeweils mit Schildern auf berühmte Künstler hingewiesen, die hier aufgewachsen sind. An den Wänden sind gemalte Porträts von ihnen zu sehen, und häufig stoße ich auch auf Bob Marley. Die Häuser sind baufällig, es mangelt an fließendem Wasser und Stromanschlüssen. Dazwischen sah ich viele Wellblechhütten und Holzverschläge, die auch als Wohnraum genutzt werden. Kinder spielten barfuß auf der Straße. Müll stand in Kisten am Rand. Es stank – oder bildete ich mir das nur ein? Mir wurde flau im Magen. Ich kam mir mit meiner großen Kamera um den Hals auf dem Weg zum Haus von Bob Marleys Familie immer mieser vor. Was machte ich hier eigentlich, und was hatte ich erwartet?

## Armutstourismus

Vor dem Haus stehend fühlte ich mich nur noch unwohl. Das Gebäude war heruntergekommen, eine Mutter mit zwei Kindern saß auf einer Bank davor und starrte auf ihr Mobiltelefon. Ein Kind lachte und winkte mir zu, die Frau lachte nicht. Ich habe Geld bezahlt, um mir einen Slum anzuschauen. Armutstourismus.

Während ich mich abwechselnd über mich selbst ärgerte und über die herrschenden Verhältnisse fluchte, wegen denen Menschen in den meisten Teilen der Erde so leben müssen, kam eine alte Frau auf uns zu. Sie wollte mir die Hand geben, und Stoneman erklärte mir, dass sie Bob Marley persönlich gekannt habe. Armut und Elend als Touristenattraktion – ich wollte nur noch raus aus dieser Situation.

Zurück im Kulturgarten erkundigte ich mich, was mit den Eintrittsgeldern hier passiert. In meiner Vorstellung kamen diese zum Zweck des Gemeinwohls den Bewohnern von Trench Town zugute, um das musikalische Erbe der Künstler zu pflegen. Zudem müsste ja auch viel Kapital aus dem Erbe der Künstler in den Familien stecken, mit dem der Ursprungsort gefördert werden könnte. Zuerst verstand Stoneman meine Frage nicht, und nach mehrmaligen Nachfragen verneinte er meine Annahme. Die Einnahmen gingen nur an das »Culture Yard«.

Danach folgte die Führung über das Gelände. Ich machte Fotos von dem Bett, in dem Bob Marley geschlafen hat, setzte mich in den ersten VW-Tourbus von Bob Marley und The Wailers und las an den Wänden Zeitungsartikel aus vergangenen Jahrzehnten. Aus den Boxen erklang da-

bei die Musik von dem Mann, um den es hier hauptsächlich geht. Die Tour endete damit, dass mir Stoneman auf Steinen im Garten Zeichen zeigte, aus denen er die Zukunft und andere Dinge zu erkennen glaubt. Amüsant fand ich die Geschichte, dass er anhand mehrerer gerader Strukturen in einem Stein das World Trade Center in New York und auch zwei Flugzeuge gesehen habe und schon lange gewusst habe, was am 11. September 2001 passieren würde. Zum Abschied erfuhr ich noch, dass mein Geburtsmonat Oktober ein ganz besonderer sein sollte – allerdings stellte sich auf Nachfrage heraus, dass eigentlich jeder Monat speziell und jedes Individuum toll ist. Zeit zu gehen. Wir verabschiedeten uns mit dem One-Love-Symbol.

Vor dem Eingang kam ich ins Gespräch mit den Männern, die dort mit ihren Chalice saßen. Wir plauderten zuerst nett über die schweißtreibende Hitze und Bob Marley, doch das nette Gespräch endete damit, dass ich vor Wut fast explodierte. Etwas zu lesen oder etwas zu erleben ist ein großer Unterschied. So hatte ich schon im Vorfeld gelesen, dass Homophobie auf Jamaika ein großes Problem darstellt. Nicht nur, dass vor allem homosexuelle Männer geächtet und juristisch verfolgt werden, es kommt häufig auch zu gewalttätigen Übergriffen. Von Staatsseite aus wird nach Artikel 76 des »Offences Against the Person Act« das »verabscheuungswürdige Verbrechen des Analverkehrs« mit bis zu zehn Jahren Haft inklusive Zwangsarbeit bestraft. Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation Amnesty International wurde mehreren Jamaikanern aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Asyl in Großbritannien gewährt. Berühmte Dancehall-Musiker singen »Bum den Chichiman«, was soviel bedeutet wie »Verbrennt die Schwuchtel«. Stand das nicht zum Widerspruch zu »One Love«? Ich fragte die Männer, wie sie zu Homosexualität und Homophobie stehen. Alle lachten. Ohne Hemmnisse erklärte mir einer von ihnen, dass es völlig legitim sei, homosexuelle Männer zu steinigen, zu verbrennen oder zu erschießen. Er sprach von »fruchtlosen Bäumen«, die ja auch abgeholzt würden. Einer brachte sich mit »Gott schuf Adam und Eva, nicht Adam und Steve« in das Gespräch ein. Er erzählte, dass ein Junge, den er selbst gekannt habe, nur 18 Jahre alt geworden sei. Lachend formte er seine Finger zu einer Pistole und rief gestikulierend »Peng! Peng! Peng!«. Die anderen nickten zustimmend.

In mir kochte es. Ich merkte, dass jegliche Diskussion sinnlos wäre, sagte aber, dass ich das ganz anders sehe. Ich wählte die Nummer meines Taxifahrers des Vertrauens und wartete schweigend mit den kiffenden Rastafaris unter dem Mangobaum.

Trench Town, unweit des früheren Wohnhauses von Bob Marley

Wir machen nur  
**Kuba**

2016  
15 Tage ab 1.699,- Euro 18.11.-02.12.16  
17 Tage ab 1.899,- Euro 04.10.-20.10.16, 01.11.-17.11.16, 06.12.-22.12.16  
2017 siehe Homepage

+++ Informationen +++ Anfragen +++  
[www.cuba-und-ich-reisen.de](http://www.cuba-und-ich-reisen.de)  
[info@cuba-und-ich-reisen.de](mailto:info@cuba-und-ich-reisen.de)

[cuba-und-ich-reisen.blogspot.de](http://cuba-und-ich-reisen.blogspot.de)

Telefon: 0341 – 604 430 38

Cuba und Ich Reisen GmbH, Kirschallee 1, 04416 Markkleeberg/Leipzig



★★★★ Rundreisen 15, 17, 21 Tage

- X Klimafreundlich, wir pflanzen Bäume
- X Machen Sie mit uns Urlaub vom Kapitalismus!
- X Jeder Tag steht unter einem Thema, z.B. Schnorcheitag, Revolutionstag, Kolumbustag, Unser-Mann-in-Havanna-Tag etc.
- X Wir begleiten die Gruppe
- X Persönliches Treffen vor der Reise
- X Jahrestreffen aller ehemaligen Reisenden zur Kuba-Fiesta mit Spanferkel
- X aktuelles Buch von Petra Gabriel „Auswandern auf Zeit - ein Jahr in Kuba“

# Empörung gegen Ungerechtigkeit

Vor 30 Jahren wurde in Nicaragua der deutsche Internationalist Berndt Koberstein von den Contras ermordet. In Freiburg ist sein Erbe lebendig. **Von Werner Siebler, Freiburg**

Am 28. Juli 1986 wurden in Nicaragua der 29-jährige Aufbauhelfer Berndt Koberstein aus Freiburg und vier seiner Kollegen – Yvan Leyvraz, Joël Fioux, William Blandon und Mario Acevedo – durch Contras ermordet. Die Contras kämpften vor allem in den 80er Jahren mit Terroranschlägen gegen die revolutionäre sandinistische Regierung des zentralamerikanischen Landes.

Am 19. Juli 1979 waren die Kämpfer der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN in der Hauptstadt Managua einmarschiert.

Zwei Tage zuvor war der Diktator Anastasio Somoza geflohen, dessen Familie Nicaragua ein halbes Jahrhundert lang beherrscht hatte. Die Befreier begannen mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft. In einer Bodenreform wurde der Grundbesitz der Familie Somoza und ihrer Anhänger unter den landlosen Bauern aufgeteilt. Es wurde ein Gesundheits- und Bildungswesen aufgebaut.

Junge Freiwillige zogen über Land und brachten den Menschen Lesen und Schreiben bei. Sie wurden nicht nur von Helfern aus den sozialistischen Ländern, etwa aus der DDR, unterstützt, sondern auch von vielen Freiwilligen aus dem Westen, um durch ihre praktische Solidarität zur Verteidigung der Revolution beizutragen. Es waren Gewerkschafter, Mitglieder von SDAJ, DKP und anderen linken Gruppen, aber auch kirchlich engagierte Menschen, die Nicaragua helfen wollten, den Traum von einer unabhängigen, solidarischen und sozialen Gesellschaft zu realisieren.

Dagegen stemmten sich die US-Administration und die von ihr massiv unterstützten Banden. 60.000 Opfer, vor allem Zivilisten, gehen auf das Konto der Terroristen. Durch die Morde an Bauern, Lehrern, Ärzten und ausländischen Unterstützern sollte die Geschichte zurückgedreht werden.

Drei Jahre vor dem Mord an Berndt Koberstein war in Nicaragua bereits der ebenfalls aus Freiburg kommende Arzt Tonio Pflaum getötet worden. Von diesem stammte der Traum, die Stadt Wiwilí im Norden Nicaraguas, kurz vor der Grenze zu Honduras, mit einer Wasserleitung mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Er hatte in seinen Briefen von den unhaltbaren hygienischen Verhältnissen in der armen Region am Rio Coco berichtet. Zahlreiche Erkrankungen von Kindern, älteren und immungeschwächten Menschen, die oft tödlich verliefen, waren auf verunreinigtes Wasser zurückzuführen.

Der Gewerkschafter und Kommunist Berndt Koberstein wollte mit seinen Möglichkeiten einen Beitrag zur Solidarität leisten. Nachdem er sich 1985 bereits am Bau einer Druckerei für die Sandinistische Jugend in Managua durch Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und des Marxistischen Studentenbundes Spartakus (MSB) beteiligt hatte, engagierte er sich anschließend für den Bau der von Tonio Pflaum vorgeschlagenen Trinkwasserleitung. Es war das erste Projekt des Wiwilí-Vereins Freiburg und wurde von der Europäischen Gemeinschaft und der Stadt Freiburg mitfinanziert. Die Freiburger verstanden das Projekt als ihre Antwort auf den Terror der Contras, als einen Baustein im großen Netzwerk der Nicaragua-Solidarität zur Unterstützung von Unabhängigkeit, sozialem Aufbau, Bildung und Gesundheit.

Nach mehreren Monaten Arbeit an dem Vorhaben befand sich Koberstein am 28. Juli 1986 zusammen mit seinen Kollegen auf einer Fahrt zwischen der Provinzhauptstadt Matagalpa und Wiwilí, als er in einen Hinterhalt der Contras geriet und ermordet wurde. Auf seinem Grabstein in Matagalpa steht ein Satz von Che Guevara: »Die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs ist seine Fähigkeit, sich über jede Ungerechtigkeit, die gegen irgend jemanden in irgendeinem Teil der Welt begangen wird, aus tiefstem Herzen zu empören.«

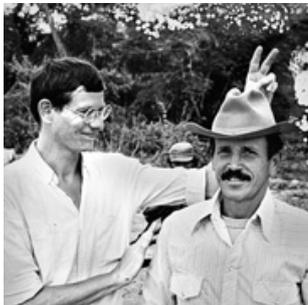
Unmittelbar nach Bekanntwerden des Verbrechens gingen in Freiburg spontan rund 500 Menschen auf die Straße, auch in anderen Städten kam es zu Protestaktionen gegen den schmutzigen Krieg der Contras und deren Unterstützung durch die USA, aber auch durch die BRD-Regierung. Die IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart erklärte in einer Stellungnahme: »Mit großer Bestürzung hat die baden-württembergische IG Metall von der Ermordung ihres Mitglieds Kenntnis genommen. Berndt Koberstein hat sich von Beginn seiner Ausbildung an gewerkschaftlich engagiert und war als hilfsbereiter Kollege bekannt. Sein Einsatz am Trinkwasserprojekt in Wiwilí diente ausschließlich humanitären Zwecken. (...) Mit dem Terror der von den USA unterstützten Contras soll der Bau von kleinen Hospitälern, Versorgungseinrichtungen, Schulen, Kindergärten und weiteren humanitären Einrichtungen und Aufbauwerken verhindert werden.«

In Freiburg ist Berndt Koberstein bis heute unvergessen. Sein Solidaritätsprojekt besteht nun schon länger als 30 Jahre, ohne dass das Engagement abgenommen

hätte. Der Bau der Trinkwasserleitung wurde 1990 abgeschlossen, sie erhielt den Namen Berndt-Koberstein-Aquädukt. Auf Initiative von Javier Barahona, dem sandinistischen Bürgermeister von Wiwilí, wurde Anfang der 90er Jahre ein ökologisches Landwirtschaftsprojekt initiiert, wofür der Wiwilí-Verein und die örtliche Nichtregierungsorganisation ADEM (Assoziation für bezirkliche Entwicklung) Fördermittel von der EG beantragten und erhielten. Barahona, der 1988 mit dem damaligen Freiburg-

ger Oberbürgermeister Rolf Böhme eine Städtefreundschaft zwischen beiden Orten vereinbart hatte, wurde noch 1994 von den Contras ermordet, obwohl der Krieg zu diesem Zeitpunkt offiziell bereits beendet war und seit 1990 mit Violeta Chamorro eine rechte Politikerin in Managua regierte.

Freiburg und Wiwilí verbindet heute eine offizielle Städtepartnerschaft. Vor zwei Jahren hat die Kommune im Breisgau mit Unterstützung des Wiwilí-Vereins ein weiteres Trinkwasserprojekt für den ländlichen Raum dort initiiert. Als Symbol der Freundschaft wurde im Jahr 2003 in Freiburg die Stühlinger Brücke in Wiwilí-Brücke umbenannt, eine Gedenktafel dort erinnert an Berndt Koberstein. Als 1998 große Teile Wiwilí vom Wirbelsturm »Mitch« verwüstet wurden, spendeten die Freiburger mehr als 600.000 DM für den Wiederaufbau. »Die Freundschaft, die uns verbindet, ist gewachsen auf dem Blut der ermordeten Kämpfer. Und der Kampf, den wir aufgenommen haben, um die Situation der Bevölkerung von Wiwilí zu verbessern, wird weitergehen«, sagte ein Vertreter der ADEM. Es gibt regelmäßige Begegnungsreisen, an denen zahlreiche Freiburger teilnehmen. Internationale Unterstützung bleibt notwendig.



Berndt Koberstein (L.) in Wiwilí im Norden Nicaraguas

ANZEIGE

Fidel Castro: »Ich glaube weiterhin fest daran, dass eine bessere Welt möglich ist.«

Und wir tun es mit ihm!

Fidel, herzliche Gratulation zum 90. Geburtstag!



Vereinigung Schweiz-Cuba  
www.cuba-si.ch



ANZEIGE



LAFCADIO HEARN  
Youma  
ROMAN  
140 Seiten, € 17,90

Die berührende Geschichte einer karibischen Sklavin und eines mutterlosen Mädchens, die der Sturm politischer Umwälzungen auseinanderzureißen droht.

JUNG  
UND  
JUNG



## CUBA ANDERS ERLEBEN...

Mit SoliArenas erleben Sie Cuba authentisch und individuell abseits der ausgetretenen Touristenpfade!

Rundreisen per Mietwagen, Reisebausteine, geführte Privatreisen oder Kleingruppenreisen, die Einblicke in das Leben und Arbeiten in Cuba geben - SoliArenas bietet alle Reiseumöglichkeiten durch dieses einzigartige Land in der Karibik. Auch anlässlich von kulturellen Höhepunkten wie Tanz- oder Ballettfestivals, Karneval oder dem Marathon in Havanna organisieren wir gerne Ihre persönliche Reise.

SoliArenas bietet auch in weiteren Ländern maßgeschneiderte Reisen nach Ihren Wünschen und Vorstellungen. Rufen Sie uns an oder besuchen Sie unsere Homepage: [www.cubareisen.info](http://www.cubareisen.info)



Reiseagentur SoliArenas · Marienstr. 42 · 52249 Eschweiler  
Tel: 02403 555 22-36, Fax -38 · eMail: [info@soliarrenas.de](mailto:info@soliarrenas.de) · Web: [www.cubareisen.info](http://www.cubareisen.info)

**S**eit Ende vergangenen Jahres Mauricio Macri Präsident Argentiniens. Wie haben sich die Bedingungen für die Gewerkschaften seither verändert?

Leider befinden wir Gewerkschafter uns in einer komplizierten Lage. Von Dezember bis April gab es fast 70.000 Entlassungen, zunächst vor allem im öffentlichen Dienst, aber auch im Privatsektor. Die Währung ist um 40 Prozent abgewertet worden, die akkumulierte Inflation für dieses Jahr wird auf mehr als 30 Prozent geschätzt, die Arbeitslosigkeit könnte auf acht bis zehn Prozent steigen, insgesamt könnten mehr als eine Million Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Als Gewerkschaften sind wir alarmiert, zumal mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage auch die Unterdrückung von Demonstrationen und Aktionen und die Repression gegen die Arbeiter und Volksschichten zunehmen, das gab es vorher nicht. Das Schlimmste dabei ist das kompliziertere Schweigen der Presse und der großen Medienkonzerne.

Der Staat zieht sich aus allen Bereichen zurück und gibt die Preis- und Inflationskontrolle auf. Es ist nicht so, dass sie uns betrogen hätten – sie haben von Anfang an erklärt, dass sie die Preise erhöhen und den Import ausländischer Waren erleichtern wollen, und genau das tun sie. Sie wollen, dass sich der Staat aus den wirtschaftlichen Angelegenheiten heraushält und zurück zu Verhältnissen wie in den 1990er Jahren, zu einem »schlanken Staat« und ungezügelt, aggressivem Neoliberalismus.

Im Wahlkampf haben sie der bisherigen Regierung vorgeworfen, einen bankrotten Staat hinterlassen zu haben, der in Flammen stehe. Diese Wahrnehmung ist schon merkwürdig, denn die Erwerbslosigkeit lag bei sechs Prozent, mit einem Wirtschaftswachstum von vier Prozent im vergangenen Jahr, jährlichen Lohnsteigerungen für die Beschäftigten, Förderungen und Maßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse und der ärmsten Schichten der Bevölkerung. Früher privatisierte Staatsunternehmen wurden wieder aufgebaut, wie die Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas, die Eisenbahngesellschaft oder der Erdölkonzern YPF. Natürlich gab es einige Maßnahmen, die nicht richtig waren und zu korrigieren waren – so wurde die Währungspolitik nicht unbedingt auf fester Grundlage entwickelt. Und es gab ständige Attacken aus Unternehmerkreisen, die versuchten, die Lage zu destabilisieren. Vergessen wir außerdem nicht das Medien-gesetz, das Presse, Rundfunk und Fernsehen in Argentinien demokratisiert hat. Das wird nun zurückgedreht, alle Macht und aller Einfluss wird wieder der Clarín-Gruppe zugeschoben (führender Medienkonzern Argentiniens, der unter anderem die gleichnamige Tageszeitung herausgibt; jW). Oppositionelle Stimmen werden zum Schweigen gebracht, kritische Journalisten werden entlassen. Mehrere Sender wurden abgeschaltet.

Die Gewerkschaftsbewegung beobachtet derzeit, wie sich die Lage weiterentwickelt. Die Spitzen der großen Gewerkschaftsverbände CGT und CTA bemühen sich um vereintes Agieren. Aber die gesellschaftliche Situation ist besorgniserregend.

**Die neue Regierung einigte sich schnell mit den »Geierfonds« aus den USA, die Milliardenforderungen an Argentinien gestellt hatten. Wie bewerten Sie das?**

Natürlich ist es immer gut und richtig, wenn Wege gefunden werden, damit sich streitende Parteien einigen und Konflikte beigelegt werden. Und Staaten müssen natürlich ihre Verbindlichkeiten begleichen. Das Problem



Staatsangestellte demonstrieren am 24. Februar 2016 in Buenos Aires gegen die Massenentlassungen des neuen Präsidenten Mauricio Macri

# »Das Schlimmste ist das Schweigen der Presse«

Mit der Rückkehr rechter Regierungen in Lateinamerika nimmt auch die Unterdrückung der Arbeiterbewegung wieder zu.

Ein Gespräch mit Gustavo Triani

ist die Spekulation, die von diesen Fonds mit staatlichen Schuldverschreibungen betrieben wird. Sie kaufen kaum noch eintreibbare Forderungen zu extrem niedrigen Preisen auf, um dann von den Schuldnern die Begleichung in voller Höhe zuzüglich völlig absurder Zinsforderungen zu verlangen. Natürlich wollen diese Unternehmen Geld verdienen. Das ist legitim, aber das darf nicht bedeuten, dass dem Volk Opfer auferlegt werden, um diese Gewinnerwartungen zu befriedigen. Man darf nicht ein Land auf die Knie zwingen, damit es eine Schuld bezahlt. Der frühere Präsident Néstor Kirchner fasste es mal so zusammen: Tote zahlen nicht. **Präsident Kirchner gehörte zu den Staatschefs in Lateinamerika, die seit Ende der 90er Jahren an die Macht kamen und einen eigenständigen Entwicklungsweg beschritten. Dieser**

**»Linksruck« scheint Vergangenheit zu sein, wenn wir die jüngsten Wahlen in Argentinien und Venezuela oder auch das zu Jahresanfang in Bolivien von der Regierung verlorene Referendum betrachten. Was bedeutet das für die lateinamerikanische Gewerkschaftsbewegung?**

Als UNI, als globale Gewerkschaftsorganisation, respektieren wir jede Entscheidung, die durch freie und demokratische Wahlen herbeigeführt wird. Die Politik unserer Gewerkschaften ist nicht, dass wir uns in solche Dinge einmischen, sondern wir achten die jeweiligen Institutionen. Wir verlangen,

dass der demokratisch ausgedrückte Wille des Volkes anerkannt wird, und wir bekämpfen somit auch jeden institutionellen Putsch oder Staatsstreich.

**Deshalb hat sich die UNI Américas auch mit der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff solidarisiert?**

Ganz richtig. Unabhängig von jeder politischen Richtung mussten wir feststellen, dass ein Teil der Bevölkerung mit ihr einverstanden war und ein anderer nicht, aber bei den letzten Wahlen wurde Dilma Rousseff gewählt. Wir haben gefordert, dass diese demokratische Entscheidung respektiert wird und auf jede institutionelle Gewalt oder von Unternehmern geführte Kampagne, um die Gewählten zu stürzen, verzichtet wird. Die UNI lehnt solche Formen von Staatsstreich generell ab. Wir verlangen, dass die Menschen- und Gewerkschaftsrechte respektiert werden.

**Die Branche, für die Sie in der UNI Américas zuständig sind, der Handel, ist in mehreren Ländern Lateinamerikas zum Schauplatz politischer Auseinandersetzungen geworden. Speziell in Venezuela sieht man lange Schlangen vor den Geschäften, Regierung und Handelsunternehmen machen sich gegenseitig für die Warenknappheit verantwortlich.**

In diesem Wirtschaftsbereich Venezuelas ist keine Gewerkschaft der UNI Américas angeschlossen, aber wir beobachten natürlich mit Sorge die Lage dort. Wir denken, dass zumindest Teile der Probleme dort durch Unternehmen und deren Interessen verursacht werden, die Präsident Nicolás Maduro und dessen Regierung zur Änderung ihrer Politik oder zur Rücknahme von Maßnahmen zwingen wollen, die sie für falsch halten. Das droht zu einer Erschöpfungskampagne zu führen, die auf

dem Rücken des venezolanischen Volkes ausgetragen wird. Wir fordern, dass diese Konflikte auf demokratische und transparente Weise gelöst werden und die gewählten Institutionen respektiert werden. Die gewerkschaftlichen und Menschenrechte müssen geachtet werden und Gewalt muss verhindert werden.

Generell gesprochen haben die fortschrittlichen Regierungen viel erreicht, aber es mangelte ihnen oft an einer einheitlichen, kohärenten Linie, auch zum Beispiel in ihrer Informationspolitik. Manche haben sich geirrt und einen sehr harten Kurs eingeschlagen, der auch harte Reaktionen provoziert hat. Ein Fehler der progressiven Regierungen war es sicherlich, nicht an einem bestimmten Punkt innegehalten und überprüft zu haben, was gut und was weniger gut gelaufen ist, um so gemachte Fehler nicht weiter zu vertiefen, sondern voranzukommen.

**Hilft oder schadet es der lateinamerikanischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, dass in mehreren Ländern Präsidenten regieren, die selbst aus den Gewerkschaften stammen, etwa Evo Morales in Bolivien oder Nicolás Maduro in Venezuela?**

Schlecht ist das auf jeden Fall nicht, denn jeder hat das Recht, Präsident zu werden. Unternehmer können Präsidenten werden, warum sollte dann nicht auch ein Arbeiter Präsident werden können? Natürlich hilft es, wenn ein Staatschef aus der Gewerkschaftsbewegung stammt, denn man kann anders miteinander reden. Er kennt dann die Sichtweise und Standpunkte seines Verhandlungspartners aus eigener Erfahrung, und er weiß, wie die Arbeiter in seinem Land leben – oder sollte es zumindest wissen. Zudem kann er bei Verhandlungen mit den Unternehmern bereits einschätzen, wie die Gewerkschaften auf deren Forderungen reagieren oder welche Folgen diese für die Arbeiterklasse hätten – und so als Vermittler schon im Vorfeld bestimmte Konflikte verhindern. **Interview: André Scheer**



Gustavo Triani gehört der argentinischen CGT an und ist für den Handel zuständiger Sekretär der internationalen Dienstleistungsgewerkschaft UNI Américas

**"Patriarchat und Kapital"**  
Seminar mit Maria Mies

Auf der Suche: nach globalen und lokalen feministischen Wegen - nach Ideen und Antworten auf Ursprünge von Patriarchat und Kapitalismus - nach Alternativen zu Krieg, Neoliberalismus und Zerstörung der Natur.

Samstag 17. September 2016 von 10:00 bis 18:00 Uhr  
Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln  
Jetzt anmelden: [info@ecomujer.org](mailto:info@ecomujer.org) - [www.ecomujer.org](http://www.ecomujer.org)






ANZEIGEN

Lateinamerikanachrichten.de



verlinkt mit der basis

**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN  
// Die Monatszeitschrift

Probeabo // 3 Ausgaben // 10 Euro // endet automatisch

Erlebnisurlaub in einem außergewöhnlichen Land

**Hallo KUBA**

Abenteuerlich Charmant  
Unvergleichlich Bezaubernd

Cuba4Travel

Active Reisen - Cuba4Travel +49 9131 9706771  
Luftholdstr. 49 - D-91052 Erlangen/Germany - info@cuba4travel.com - www.cuba4travel.com

**kuba-erlebnisreisen.de**  
Spezialist für Kubareisen seit 1991

Profitieren Sie von unserer persönlichen Beratung und langjährigen Erfahrung

- Kleingruppenreisen
- Individuelle Mietwagentouren
- Vermittlung von Privatpensionen
- Landesweite Hotelbuchungen
- Transfers, Inlandsflüge
- Trekkingtouren, Fahrradreisen,
- Segel-, Tauch- und Zugreisen
- Spanisch- und Tankurse
- Vereinsreisen, VHS, Incentives
- Einreisevisum

**kuba-mietwagen.de**

Reisebüro Rieckmeyer  
Aegidistr. 18  
48143 Münster  
Telefon: +49 251 4840780  
Telefax: +49 251 4840785  
E-Mail: info@cuba-erlebnisreisen.de

Telefonische Beratung: Montag bis Freitag 9.30 bis 18 Uhr/Samstag von 10 bis 13 Uhr

**Die Solidarität mit Kuba ist jetzt notwendig!**  
**Solare Elektrifizierung der Häuser und sozialen Einrichtungen für 121 Kaffeebauern und ihre Familien in den Bergen der Provinz Artemisa**

Die ersten 60 Häuser wurden im März installiert dank Ihrer Spenden. Über 60 Wohnhäuser, Schulen, Arztgehäuser und Sozialklubs warten noch auf Solarstrom, um den berechtigten Wunsch der Kaffeebauern zu erfüllen.

**Bis Ende Juni wurden 237.237 € gespendet, vielen Dank!**

Aber noch fehlen 46.763 € für die Realisierung, deshalb bittet KarEn die Freunde Kubas:

**Spenden Sie für dieses lebensverbessernde Projekt!**

**KarEn**  
VEREIN ZUR FÖRDERUNG  
ALTERNATIVER ENERGIEIN  
IN DER KARIBIK e.V.

Spendenkonto **KarEn** e.V.  
Kennwort: Elektrifizierung Bergdörfer  
Postbank Berlin, BIC PBNKDEFF  
IBAN DE 78 100 100 100 589 463 104  
(Spenden sind steuerlich absetzbar, bitte Adresse angeben!)

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin, Tel./Fax (030) 24 00 94 70  
E-Mail: karen@karen-berlin.de www.karen-berlin.de

**SCHROPP**



Ihr Fachhandel für Globen und Landkarten

Hardenbergstr. 9a  
10623 Berlin  
Tel. 030-23 55 73 20  
www.schropp.de

Öffnungszeiten:  
Mo - Fr 10 - 20 Uhr  
Sa 10 - 18 Uhr

# Revolutionäres Erbe

**K**napp 500 Vertreter revolutionärer Organisationen aus 82 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas kamen im Januar 1966 in der kubanischen Hauptstadt zur »Ersten Dreikontinentenkonferenz«, kurz: »Tricontinental«, zusammen. Es waren Abgesandte von Guerillaorganisationen, Befreiungsbewegungen, kommunistischen Parteien und anderer fortschrittlicher Strömungen sowie von Regierungen gerade vom Kolonialismus gelöster Länder. Schauplatz der vom späteren chilenischen Präsidenten Salvador Allende geleiteten Versammlung war das Hotel »Habana Libre«, das frühere »Havana Hilton«, in dem in den ersten Monaten nach dem Sieg der Kubanischen Revolution die Regierung von Fidel Castro untergebracht gewesen war.

Vorbereitet worden war die Versammlung in der Hauptstadt des Karibikstaates von der Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas und Asiens (OSPAA), die 1957 von 29 unabhängig gewordenen Ländern und sechs nationalen Befreiungsbewegungen in Kairo, Ägypten, gegründet worden war. Die vierte Konferenz der OSPAA 1965 in Winneba, Ghana, beschloss, die zwei Jahre zuvor von Fidel Castro ausgesprochene Einladung anzunehmen, die Zusammenarbeit auf Lateinamerika auszudehnen und die erste »Tricontinental« in Havanna durchzuführen. Zu den Unterstützern dieser Idee zählten Amílcar Cabral (1924–1973), der Anführer des Befreiungskampfes in Guinea-Bissau gegen die portugiesische Kolonialherrschaft, und der 1920 geborene marokkanische Sozialist Mehdi Ben Barka, der an der Spitze des Vorbereitungskomitees für die Konferenz in Havanna stand. Er selbst erlebte ihre Eröffnung nicht mehr, denn am 29. Oktober 1965 wurde er von Agenten des französischen Auslandsgeheimdienstes SDECE in Paris ermordet.

Auch auf diese Weise sollte das Zustandekommen der Konferenz verhindert oder sabotiert werden. Vor allem die alte Kolonialmacht Frankreich fürchtete, mit der Unabhängigkeit von immer mehr Ländern Afrikas und Asiens ihren bisherigen Einfluss zu verlieren. Außerdem vertraten viele der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen sozialistische Ideen. Das sollte die »Tricontinental« prägen, wie Ben Barka wenige Wochen vor seiner Ermordung gegenüber Journalisten sagte. Sie werde »die beiden großen heutigen Strömungen der Weltrevolution zusammenführen, die des sozialistischen Oktober in der alten Sowjetunion und die Strömung des Kampfes um die nationale Befreiung in den Ländern der Dritten Welt«. Deshalb finde die Konferenz in Kuba statt, das selbst diese Einheit verkörper, und deshalb werde sie in Lateinamerika durchgeführt, das zum Zentrum des Kampfes gegen den Neokolonialismus geworden sei, »diesem neuen Gesicht des alten Kolonialismus, nachdem die Völker ihre formale Unabhängigkeit erreicht haben«.

Es war nicht nur das erste Mal, dass Vertreter dieser Strömungen aus drei Kontinenten zusammenkamen. Die »Tricontinental« konnte auch die Kluft überbrücken, die in der kommunistischen Bewegung durch den Konflikt zwischen der Sowjetunion und China entstanden war. Das verschwieg auch Castro nicht, der am letzten Tag der Konferenz, am 15. Januar 1966, die Bilanz zog, alle »Wahrsager des Imperialismus«, die der Versammlung eine Spaltung und ihr Scheitern vorausgesagt hätten, seien Lügen gestraft worden.

Vor 50 Jahren wurde in Havanna die »Organisation der Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas« (OSPAAAL) gegründet.

Von André Scheer

Die Konferenz sei zu einem Erfolg geworden und habe sogar eine drei Kontinente umfassende Organisation mit Sitz in Havanna konstituieren können. »Das war ein Sieg der revolutionären Bewegung, denn nie zuvor hat es ein so großes und so umfassendes Treffen gegeben, bei dem die revolutionären Abgeordneten von 82 Völkern zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Probleme zu diskutieren.«

Bis heute ist diese erste Konferenz die größte von Vertretern der Völker des Südens geblieben, wie die Präsidentin der dort gegründeten »Organisation der Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas« (OSPAAAL), Lourdes Cervantes Vázquez, im Gespräch mit *junge Welt* unterstrich.

In Europa ist die »Tricontinental« vor allem durch Che Guevaras Botschaft der Konferenz bekanntgeworden, aus der er seine legendäre Losung »Schaff zwei, drei, viele Vietnam« stammt. Er selbst musste sich versteckt halten, als Revolutionäre aus aller Welt in Havanna tagten. Che hatte sich gerade aus dem Kongo zurückgezogen, wo er auf der Seite der Befreiungsbewegung gekämpft hatte, und es war noch völlig unklar, wie seine nächsten Schritte aussehen würden. Seine »Botschaft an die Völker der Welt« erschien deshalb erst mehr als ein Jahr später, am 16. April 1967, als Beilage in der Zeitschrift *Tricontinental*. Che kämpfte zu dieser Zeit bereits in Bolivien, wo er am 9. Oktober 1967 auf Befehl der CIA ermordet wurde. Die heutige Bedeutung seines Textes besteht nach Ansicht von Cervantes Vázquez weniger in der Beschreibung der damaligen politischen Lage, sondern in den von Guevara entwickelten strategischen Kon-

zepten, vor allem in der Betonung der unverzichtbaren Einheit der Völker der sogenannten Dritten Welt gegen die Angriffe des Kolonialismus. Die »vielen Vietnam«, von denen Che sprach, seien heute in Lateinamerika die regionalen Zusammenschlüsse, die sich auf Initiative des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und unter dem Eindruck der revolutionären Prozesse in mehreren Ländern entwickelt haben. In Afrika spreche der vielfältige Widerstand gegen die Rekolonialisierung durch den Imperialismus dieser Forderung Guevaras. Und vergessen dürfe man auch nicht die verbliebenen »Bastionen des Sozialismus«, die den Imperialismus herausfordern und auf internationaler Ebene um neue Kräfteverhältnisse ringen.

Die OSPAAAL feierte in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Veranstaltungen ihr 50jähriges Bestehen, und Cervantes Vázquez zog gegenüber *jW* eine positive Bilanz des Wirkens ihrer Organisation. Das wichtigste Ergebnis der OSPAAAL in den vergangenen fünf Jahrzehnten sei gewesen, dass es seither keiner gerechten Sache der Völker der Dritten Welt an Unterstützung und Solidarität gefehlt habe. Mit Veranstaltungen, Stellungnahmen und der Zeitschrift *Tricontinental* habe man weltweit über die antiimperialistischen Kämpfe der Völker informiert und das gegenseitige Verständnis fördern können. Deshalb sei die Organisation heute noch ebenso wichtig wie vor einem halben Jahrhundert. Dieser Ansicht ist auch ihr Kollege Domingos Caetano, der die angolische Regierungspartei MPLA in Havanna vertritt und dem Sekretariat der OSPAAAL angehört. Der Kampf sei erst beendet, wenn alle Völker der Welt in Frieden und Freiheit leben könnten, sagte er im *jW*-Gespräch.

Auf *jW*-Nachfrage, ob es nicht an der Zeit sei, die Solidaritätsarbeit auch auf Völker in Europa, wie etwa in Griechenland oder der Ukraine, auszuweiten, zeigte sich OSPAAAL-Präsidentin Cervantes Vázquez aufgeschlossen. Dieses Ansinnen sei sehr berechtigt: »Die extreme Transnationalisierung des Kapitals, das Aufzwingen neoliberaler Rezepte nicht nur in den Ländern des Südens, sondern auch in den Industrienationen selbst hat die Dritte Welt geographisch nach Norden ausgedehnt. Die Realitäten der Länder des Südens haben sich nach Norden ausgeweitet.« Deshalb seien alle Völker des Nordens als Mitstreiter willkommen, wenn sie sich entsprechend den gemeinsamen Prinzipien dem Kampf anschließen wollten.

ANZEIGE

**Widerstand unterstützen und genießen!**

Solidarischer Handel mit  
**Kaffee und Tee**  
der **Zapatista** aus Mexiko und  
des **CRIC** aus Kolumbien

**Kaffee Kollektiv**  
**Aroma Zapatista**

Am Veringhof 11  
21107 Hamburg  
Tel. 040/28 78 00 15  
kaffeekollektiv@aroma-zapatista.de

Infos und Onlineshop:  
**www.aroma-zapatista.de**